

ten, und danach auch einiges mehr an Akzeptanz für die deutsche Einheit durch große Mehrheiten, oder noch größere Mehrheiten, wie immer Sie wollen, erreichen können.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Es folgt Herr Irmer. Wenn wir wenigsten noch etwas diskutieren wollen, Herr Irmer, dann wäre ich, jedenfalls als Diskussionsleiter, sehr froh, wenn Sie die Länge von Herrn Poppe etwas unterschreiten könnten.

Ulrich Irmer, MdB: Sie meinten die Länge seiner Ausführungen. Dem letzten scheiden die Diskussionsleiter immer gern die Redezeit ab. Aber ich will hier sehr diszipliniert sein. Wenn man die Frage nach den Handlungsspielräumen insbesondere deutscher Politik stellt, dann muß man sagen, daß die deutsche Politik die Handlungsspielräume, die es dann tatsächlich gab, in der Vergangenheit geschaffen hatte. Voraussetzungen für die Vereinigung, *conditiones sine quibus non*, waren die folgenden:

1. Die Westintegration
2. Die Ostpolitik, das heißt die Vertragspolitik
3. Die Tatsache, daß diese beiden Politiken, so sehr ursprünglich bekämpft von bestimmten innenpolitischen Kräften, später zum Gemeingut der Außenpolitik wurden. Die Westintegration wurde von der SPD später voll übernommen. Die Vertragspolitik, insbesondere der KSZE-Prozeß, wurde von der CDU/CSU, die ursprünglich ja sehr skeptisch und ablehnend gewesen war, auch zu ihrer eigenen Politik in der Zeit nach 1982 gemacht. Ganz wesentlich ist, daß dieses beides auf breiter Grundlage in Deutschland geschehen konnte.

Ich stimme zu, wenn Herr Seiters sagt, daß eine wesentliche Voraussetzung für die Vereinigung auch gewesen ist, daß der zweite Teil des NATO-Doppelbeschlusses durchgesetzt wurde. Ich will das jetzt nicht im einzelnen begründen. Ich behaupte zweierlei. Erstens, hätte auch nur einer unserer Nachbarn, ich will von den Vier Mächten gar nicht reden, aber einer unserer Nachbarn, die insbesondere Opfer der Hitler-Aggression gewesen waren, der Einheit widersprochen, wäre es dazu nicht gekommen. Ich erwähne jetzt mal die Niederlande oder Dänemark oder Polen. Hätten sie widersprochen, hätte es die Einheit nicht gegeben. Zweite Behauptung: Hätte die Bevölkerung in der DDR und hätten die gewählten Vertreter der DDR nach dem März 1990 die Vereinigung nicht gewollt, wäre es dazu auch nicht gekommen. Ich will das an zwei kurzen Anekdoten klar machen. Als die F.D.P.-Bundestagsfraktion in der zweiten Oktoberhälfte 1989 in Dresden ihre Fraktionssitzung hatte, traten wir in einer Kirche auf, wo wir eingeladen waren; es ging um die gefälschten Kommunalwahlen vom März. Dort stand Uwe Ronneburger auf und sagte: Liebe Kirchengemeinde, meine Damen und Herren, und dann nach einer Pause, liebe Landsleute. Es ging praktisch ein Erschrecken durch diesen Kirchenraum, man

wollte das eigentlich gar nicht hören. Nachher wurde es akzeptiert. Aber die Frage der Einheit stand erst ganz hinten auf dem Programm, nach der Frage der Demokratisierung. Zweitens, ich kann hier aus eigener Erfahrung glücklicherweise berichten, ich bin Mitglied der Parlamentarischen Versammlungen von Europarat und WEU und Mitglied der Interparlamentarischen Union. Wir haben in diesen Gremien, als die Mauer gefallen war, permanent unseren Kollegen aus den anderen Ländern erklären müssen, Herr Schorlemer weiß das, er nickt: Was macht denn ihr Deutschen jetzt? Sie hatten Angst vor der Perspektive deutsche Einheit. Sie sagten, wir sind ja riesenfroh, daß jetzt die Mauer gefallen ist, daß die Leute ihre Freiheit bekommen, aber mit der deutschen Einheit, da trauen wir uns nicht ran. Und ich sage noch etwas, ich behaupte das einmal: Der Beitrag deutscher Bundestagsabgeordneter, die in internationalen Gremien tätig waren, ist nicht zu unterschätzen. Das ist ein Aspekt, der hier sicher noch nicht zur Sprache gekommen ist. Wir haben um Vertrauen geworben, über die Jahre Vertrauen gebildet. Wenn ich in meiner europäischen liberalen Fraktion im Europarat auftrat, mußte ich jedesmal Rechenschaft ablegen. Was macht ihr jetzt, was ist Neues passiert, was habt ihr vor? Und wenn ich dann gesagt habe, wir wollen keine Großmacht werden, wir wollen die deutsche Einheit nicht dazu benutzen oder nicht dazu, uns aus den internationalen Gremien herauszulösen, wir kennen unsere Verantwortung, wenn ihr jetzt damit einig seid, ist das ein Vertrauensvorschuß, als den wir das auch betrachten, dann haben sie gesagt: Ja, diese Leute kennen wir seit vielen Jahren. Die haben eigentlich immer ehrlich mit uns geredet, warum sollen wir das denen nun nicht glauben? Ich bin der Überzeugung, daß dies über diese Gremien hinweg einen Einfluß auch in die anderen Parlamente der europäischen Länder gehabt hat und daß dies die Rahmenbedingungen auch mit geschaffen hat. Ein Punkt, das will ich nicht verschweigen, der zu Irritationen geführt hat, war die späte Bereitschaft der Bundesrepublik Deutschland, sich in der Frage der Oder-Neiße endgültig zu erklären. Das muß man der Objektivität halber feststellen, es gab ja auch Meinungsverschiedenheiten darüber. Aber es ist völlig klar, daß dieses eine Rolle gespielt hat.

Die Dauerwirkung auch des KSZE-Prozesses hat einen unmittelbaren Einfluß auf den Vereinigungsprozess und die Rahmenbedingungen gehabt. Ich erinnere daran, daß ungefähr seit Mitte 1988 ständig Konferenzen zu dem Thema „gemeinsames Haus Europa“ stattgefunden haben, insbesondere in den Ländern des damaligen Ostblocks. Wir sind da, Schorlemer weiß es auch von Ungarn, regelmäßig aufgetreten. Ich war in der ersten Jahreshälfte 1989 fast öfter in der Tschechoslowakei, in Ungarn und Polen als hier zu Hause, weil wir ständig gebeten wurden, mit den Leuten zu diskutieren: Wie ist das mit den Erfahrungen der Demokratie? Der Umbruch in Ungarn unter der Übergangsregierung Nemeth, Pozsgay, Leute, die damals eine Rolle gespielt haben, war erheblich. Die Ungarn konnten sich dann, als sie die Grenze nach Österreich aufgemacht haben, eine Verletzung der bilateralen Verpflichtung gegenüber der DDR leisten, weil sie sich auf das KSZE-Schlußdokument der Wiener Folgekonferenz berufen konnten. Und das war ganz entscheidend, weil sie hier